

Kommentare zur Mitteilung der EU-Kommission über eine europäische Kulturagenda im Zeichen der Globalisierung

Am 10. Mai 2007 hat die Kommission der Europäischen Union in Brüssel die mit Spannung erwartete »Mitteilung über eine europäische Kulturagenda im Zeichen der Globalisierung« veröffentlicht (s. Auszüge »im wortlaut«, S. 77ff.). Ihr war ein umfangreicher Anhörungsprozess verschiedener kulturpolitischer Akteure im Jahr 2006 vorausgegangen. Dementsprechend versprach man sich von dieser Mitteilung wichtige Hinweise auf die Rolle der Kultur im europäischen Integrationsprozess und das Verständnis der Kommission über die Bedeutung der Kultur in Europa. Die Mitteilung richtet sich an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, die die Agenda noch zu beraten haben. Wir haben einige PolitikerInnen um kurze Stellungnahmen gebeten und folgende Reaktionen erhalten (aus Platzgründen von der Redaktion z.T. gekürzt). (Red.)

Monika Griefahn, MdB, SPD, Mitglied des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages

»Ich freue mich, dass die hohen Erwartungen an diese Mitteilung grundsätzlich erfüllt wurden. Die Mitteilung eröffnet neue Perspektiven europäischer Kulturpolitik und entwirft ein strukturelles Konzept, warum und in welcher Weise Kultur als zentraler Bestandteil in der europäischen und nationalen Politik eine Rolle spielen soll. Insbesondere freue ich mich darüber, dass der Kultur eine wesentliche Bedeutung in den internationalen Beziehungen beigemessen wird. Gemeinsam mit der Kommission sind wir damit an einem Punkt, an dem deutlich wird, dass Kultur als Teil der auswärtigen Beziehungen und Entwicklungspolitik wesentlich dazu beiträgt, die Außen- und Partnerschaften Europas und die Partnerschaften Europas mit anderen Regionen und Ländern zu verbessern sowie durch einen interkulturellen Austausch die kulturelle Vielfalt insgesamt zu befördern. Ausdrücklich begrüßen möchte ich die von der Kommission vorgeschlagenen Elemente zur Umsetzung dieser Kulturagenda. Insbesondere die Einrichtung von verschiedenen Plattformen des Dialogs mit so genannten Stakeholdern (Vorschlag: Einrichtung eines Kulturforums) als auch die Einbindung derjenigen, die den Kultursektor repräsentieren können, halte ich für genau den richtigen Ansatz. In der SPD-Bundestagsfraktion wollen wir uns am nun einsetzenden Diskussionsprozess zur Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen konstruktiv beteiligen.«

Hans-Joachim Otto, MdB, FDP, Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages

»Ich begrüße die Mitteilung der Kommission zu einer europäischen Kulturagenda ausdrücklich. Sie macht deutlich, daß die Europäische Union weit mehr als nur ein gemeinsamer Wirtschaftsraum ist. Mit ihrem Dreiklang der Förderung der kulturellen Vielfalt und des interkulturellen Dialogs, der Stärkung der Kultur als Bestandteil der Lissabon-Strategie

sowie der Förderung der Kultur als Element der europäischen Außenpolitik erhält die oft beschworene Rolle der Kultur für Europa einen umfassenden strategischen Rahmen. Der Artikel 151 des EG-Vertrages wird auf diese Weise endlich mit Leben erfüllt.

Die Kultur ist prädestiniert dafür, das Zusammenwachsen Europas über die Beziehungen der einzelnen Menschen zu fördern und der Motor der Entwicklung einer europäischen Identität zu sein. Bei der Umsetzung der europäischen Kulturagenda muss jedoch dem Subsidiaritätsprinzip Rechnung getragen werden. Die Maßnahmen der EU müssen stets eine Ergänzung und Unterstützung der kulturpolitischen Aktivitäten der Mitgliedsstaaten darstellen und dürfen keinesfalls den Anspruch erheben, diese ersetzen zu wollen.

Die konkreten Zielstellungen sowie die dazugehörigen Maßnahmen müssen nun im gemeinsamen Dialog der Mitgliedsstaaten näher betrachtet und abgestimmt werden. Hier ist im Detail sicherlich noch einiger Klärungsbedarf vorhanden. So bleiben beispielsweise die vorgeschlagenen Maßnahmen im Bezug auf die europäische Kulturwirtschaft hinter den Ergebnissen der von der EU-Kommission in Auftrag gegebenen Studie »Economy of Culture in Europe« zurück. Die von der Kommission vorgeschlagene offene Koordinierungsmethode ist für diese noch notwendige Abstimmung sicherlich ein sinnvoller Weg.«

Doris Pack, MdEP, Ordentliches Mitglied und Obfrau der EVP-Fraktion im Ausschuss für Kultur und Bildung

»Die Initiative der Europäischen Kommission zur Formulierung einer gemeinsamen Kulturstrategie begrüße ich sehr. Die Strategie bündelt die vorhandenen Aktivitäten und formuliert übergeordnete, kulturpolitische Ziele für alle Politikbereiche. Dadurch wird die Kulturpolitik endlich von ihrem Nischendasein befreit und bekommt einen höheren Stellenwert. Künftig steht sie gleichwertig neben anderen Politikfeldern der EU.«

Steffen Reiche, MdB, SPD, Ordentliches Mitglied des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages

»Die Mitteilung über eine europäische Kulturagenda im Zeichen der Globalisierung ist ein mutiger und großer Fortschritt. Er ist nicht so groß wie er sein sollte und wie sich viele der europäisch denkenden Kulturpolitiker das wünschen. Er ist eine gezielte Zumutung für diejenigen, die sogar die von 27 Staats- und Regierungschefs unterzeichnete Verfassung für zu weit gehend halten und damit die Europäische Union in ihre bisher schwerste Krise gestürzt haben. Eine Zumutung, aber zumutbar. Jetzt eine europäische Kulturagenda auszurufen heißt viel zu fordern. Und wer weiß, wie viele Kritiker es an der bisherigen offenen Koordinierung im Bildungsbereich gibt, weiß, wie viele Kritiker es erst recht hier geben wird.

Die nationale Kulturpolitik insbesondere seit 1998 hat den Ländern und den Kommunen nichts genommen, sondern Deutschland viel gegeben. Genauso ist es auf der europäischen Ebene, der vierten Ebene im europäischen Kulturquartett. Sie nimmt den Nationalstaaten, den Regionen und den Kommunen nichts. Aber sie stärkt Europa und damit auch unsere Nationen, Regionen und Kommunen. Das muss verstanden und akzeptiert werden.

Europa macht endlich mehr (für) Kultur. Und dadurch kann wie im letzten Jahrtausend Kultur auch mehr Europa machen. Jetzt wird der fälschlich, aber lange Jean Monet zugeschriebene Satz: »Würde ich Europa nochmals begründen müssen, würde ich mit Kultur beginnen« umgesetzt. Wenn wir in dieser schwierigen innereuropäischen und globalen Situation Europa stärker machen und notwendige Schritte zu einem europäischen Bundesstaat gehen, dann brauchen wir dafür Kultur: Unsere europäische gemeinsame Kultur mit den nationalen Stimmen, die unsere Identität stärkt in der globalen Welt, die uns hilft, mehr Integration zu wagen, weil wir uns schon so nahe sind und mehr Integration brauchen, um unsere Werte in den globalen Beziehungen und Auseinandersetzungen zu schützen, aber auch durchzusetzen.

Die Kulturnation Deutschland sollte jetzt nicht im Bremserhäuschen sitzen, sondern vorn im Leitstand das Tempo erhöhen und Wege ebnen. Natürlich soll die Kritik deutlich gesagt werden. Mehr wäre denkbar gewesen. Die vielen Akteure, die es gibt, die Kulturpolitische Gesellschaft, der Kulturrat, die Europäische Kulturstiftung, »Europa eine

Seele geben« und viele andere mehr, müssen ihre Vision für das Europa der Kulturen – die Kulturmacht Europa klar benennen. Damit den Kritikern deutlich wird, dass die Agenda nur ein Anfang ist. Dass es heute schon viele gibt, die mehr wollen.«

Prof. Dr. Oliver Scheytt, Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.

»Ich begrüße die neue Mitteilung der EU-Kommission und sehe darin einen wichtigen Beitrag für eine aktivierende Kulturpolitik für Europa. Bemerkenswert ist darin insbesondere die Bedeutung, die der Kultur im Kontext des interkulturellen Dialogs und als Element der internationalen Beziehungen beigemessen wird. Erfreulich ist ferner die erkennbare Öffnung gegenüber den zivilgesellschaftlichen Akteuren als Partner bei der Umsetzung einer europäischen Kulturpolitik.

Mit Skepsis habe ich jedoch den Abschnitt der Agenda zur Kenntnis genommen, in dem »Kultur als Katalysator für Kreativität im Rahmen der Strategie von Lissabon für Wachstum und Beschäftigung« vorgestellt wird. So sehr wir als Kulturpolitische Gesellschaft die Bedeutung der Kreativ- und Kulturwirtschaft als »wichtige Antriebskraft für Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze in der EU« sehen und anerkennen, so sehr erkennen wir hier auch die Gefahr der Indiennahme von Kunst und Kultur für außerkulturelle Zwecke. Sie sind jedoch nicht nur ein Gleitmittel für die Wirtschaft oder Sozialkitt für die Integration, sondern tragen ihren Zweck in sich selbst – als Ausdruck für individuelle und gesellschaftliche Freiheit. Dies schließt die Kritik an bestehende Verhältnisse ausdrücklich ein. Auch europäische Kulturpolitik sollte die Künste in ihrer Autonomie schützen und diese Schutzfunktion in ihrer Bedeutung unterstreichen, auch wenn Kulturförderung nicht zu ihren originären Aufgaben gehört. Um der Identität und Funktionalität der Kulturpolitik Willen ist es notwendig, den Hauptsinn und den Nebennutzen von Kunst und Kultur im richtigen Verhältnis zu sehen. Das Gespür dafür vermisste ich in dem Text.

Gewünscht hätte ich mir von der Agenda im Übrigen auch eine Aussage zur Budgetentwicklung. Wenn die EU es ernst meint mit ihren neuen kulturpolitischen Aufgaben, dann sollten sie auch materiell ihren Ausdruck finden und entsprechend finanziell unterfüttert sein. Dazu macht das Papier jedoch keine Aussage.«

Prof. Dr. Olaf Schwencke, Präsident der deutschen Vereinigung der ECF für kulturelle Zusammenarbeit in Europa

»Von einem ... gesellschaftlich produktiven Verständnis von Kultur ist in der Mitteilung

der Kommission wenig zu spüren. Daher ist in Deutschland manche spontane Reaktion von Kulturakteuren nicht besonders begeistert ausgefallen. Es wurden hohe Erwartungen enttäuscht. Doch diese hohen Erwartungen an die Europäische Kommission kamen unter anderem nicht zuletzt daher, dass man sich von ihr eine Art äußeren Autoritätsbeweis für die Auseinandersetzungen im eigenen Land erhofft hatte. Die strategische Bedeutung von Kultur als gesellschaftlicher Produktivkraft ist ja in Deutschland selbst bislang durchaus keine mehrheitsverdächtige Selbstverständlichkeit. Andernfalls würde Kultur angefangen von den öffentlichen Haushalten bis hin zu den politischen Tagesberichten eine ganz andere Rolle spielen.

Der Vorstoß, den die Europäische Kommission mit ihrer Mitteilung unternommen hat, kann gar nicht hoch genug bewertet werden. Der Europäische Rat, das Europäische Parlament und die Regionen der Mitgliedsländer sind nun herausgefordert, sich mit der Rolle der Kultur für den europäischen Integrationsprozess auseinander zu setzen.«

Dr. Helga Trüpel, MdEP, Bündnis 90 /Die Grünen, Stellv. Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien im Europäischen Parlament

»Europe as a super power of cultural diversity - so würde ich mir die Überschrift wünschen über die »Mitteilung über eine europäische Kulturagenda im Zeichen der Globalisierung«.

Um mit dem Positiven anzufangen: Es ist gut, dass es diese Mitteilung der Kommission jetzt gibt. Es ist positiv, dass die Rolle von Kunst und Kultur in der auswärtigen Politik hervorgehoben wird und dass kultureller Dialog eine der wichtigsten Aufgaben der EU nach innen und nach außen ist. Die Kommission erhebt damit den Anspruch, ein Akteur und global player in der Debatte über die Rolle von Kultur zu sein. Und das ist begrüßenswert.

Aber leider ist das Papier im ersten Teil analytisch schwach, es ist geschrieben in einer unangenehm bürokratischen Sprache und einem abgegriffenen Euro-Jargon. Es betont zu wenig offensiv, die Rolle der EU und das kulturelle Selbstverständnis als Supermacht der kulturellen Vielfalt.«

Gottfried Wagner, Generalsekretär der Europäischen Kulturstiftung, Amsterdam

»Wahr ist und zu begrüßen: Nach Jahren des Stillstands rührt sich was. Kulturpolitik für Europa war bis vor kurzem ein Tabu. Nun setzt die neue »crew« in Brüssel ein Zeichen, zweifellos mit der Unterstützung des Präsidenten Barroso, mit einem noch nie dagewe-

senen Papier über Kultur und Europa (»first-ever European strategy for culture«).

Was soll sich denn ändern? Rechtsgrundlagen? Nein. Das Kulturbudget? Nein. Rasch neue Kulturprogramme? Nein (siehe Budget). Vorsicht ist die Mutter der Porzellankiste. In diesem Fall heisst das Ding »offene Methode der Koordination«, ein gut Brüssle-rischer Ausdruck für nicht verbindliche Vorstöße einzelner Mitgliedsstaaten, die kulturelle »benchmarks« setzen, messbare Vorgaben nach dem Motto: Wer wird da wohl hintanstehen wollen? Es gibt Vorbilder dafür, dort, wo die Kommission keinen Rechtsanspruch hat, und wo doch gemeinsamer Fortschritt wünschenswert scheint.

Und was sonst noch? Die EU Kommission entdeckt die kulturelle Zivilgesellschaft (als Bindeglied und Katalysator im Machtspiel mit den 27) und sinnt auf neue Bündnisse und Formen der Konsultation (»Forum«). Die Kommission besinnt sich ihres holistischen Auftrags und beginnt sich über Abteilungsgrenzen hinaus zu organisieren, von der Kultur-Innen- zur Kultur-Aussenpolitik. »Mainstreaming« nennt man das heute. Beides ein klarer Fortschritt, im Prinzip.

Zeichen und Wunder: Die »Communication« liest die Zeichen an der Wand richtig (klassische EU Politik reicht nicht aus) - und sie setzt ein Zeichen (»culture matters in Europe«). Das bedeutet noch lange nicht, dass wir uns nur im Bereich der Symbolpolitik bewegen; praktische Ergebnisse sind möglich. Allerdings beutet es genausowenig, dass wir mit einem »Wunder« rechnen können, einer raschen, zielstrebigem Umsetzung. Die Mühlen der 27 (ob nach dem inter-gouvernementalen Prinzip oder der »community method«) mahlen langsam. Mit Recht, daran sei erinnert. Es geht schliesslich um Demokratie.«

Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner, Präsident der Kultusministerkonferenz

»Ich begrüße, dass die Kultur auf europäischer Ebene nunmehr stärker wahrgenommen wird. Die Kommission zielt damit künftig auf eine stärkere Einflussnahme auf die Kulturpolitiken der Mitgliedstaaten und zugleich auf eine Verstärkung der Zusammenarbeit unter den EU-Staaten ab. Analog zum Bildungsbereich plant die Kommission nun auch im Kulturbereich, die offene Methode der Koordinierung zu lancieren, u. a. mit Indikatorenvorgaben und Berichtspflichten für die Mitgliedstaaten. Im Zuge der innerstaatlichen Meinungsbildung in Deutschland werden die Einzelheiten dieser Mitteilung vor dem Hintergrund der Zuständigkeiten in der Bundesrepublik Deutschland zu diskutieren sein. In Vorbereitung einer Bundesratsbefassung wird der KMK-Kulturausschuss detailliert dazu Stellung nehmen.«